



Die gezielte Ausschaltung politischer Führungsfiguren gehört seit Jahrzehnten zum Instrumentarium militärischer und geheimdienstlicher Strategien der USA. Doch was im Kampf gegen terroristische Netzwerke gelegentlich Wirkung zeigt, erweist sich im Kontext staatlicher Ordnungen als hochriskantes und oft kontraproduktives Mittel. Die jüngsten Beispiele aus Venezuela und Iran illustrieren diese Ambivalenz mit bemerkenswerter Klarheit.

Die Logik hinter sogenannten „Decapitation Strikes“ ist zunächst bestechend einfach: Wird die Spitze eines feindlichen Systems entfernt, so die Annahme, gerät dessen Struktur ins Wanken oder kollabiert ganz. Diese Überlegung stammt aus der Terrorismusbekämpfung, wo kleine, lose organisierte Gruppen tatsächlich empfindlich auf den Verlust zentraler Figuren reagieren können. Historische Beispiele zeigen, dass solche Taktiken insbesondere dann greifen, wenn Organisationen stark von charismatischen Führern abhängig sind und über keine stabile Nachfolgestruktur verfügen.

Doch Staaten folgen anderen Gesetzmäßigkeiten. Sie sind keine fragmentierten Netzwerke, sondern institutionalisierte Gebilde mit klar geregelten Machtmechanismen, bürokratischen Apparaten und – entscheidend – etablierten Nachfolgeprozessen. Die Entfernung eines Staatsoberhauptes führt daher selten zu einem Machtvakuum, sondern vielmehr zu einer kontrollierten oder zumindest erwartbaren Übergabe innerhalb des bestehenden Systems.

Im Fall Venezuelas scheint genau dies eingetreten zu sein. Die Machtübernahme durch eine langjährige Regierungsinsiderin deutet weniger auf einen politischen Umbruch als auf eine Fortsetzung der bestehenden Ordnung hin – wenn auch möglicherweise mit veränderter außenpolitischer Tonlage. Hier zeigt sich ein zentrales Dilemma solcher Interventionen: Die Hoffnung auf grundlegenden Wandel steht oft im Widerspruch zur institutionellen Realität.

Noch deutlicher tritt dieses Problem im Iran zutage. Die gezielte Tötung der obersten Führungsschicht hat dort offenbar nicht zu einer Öffnung des politischen Systems geführt, sondern vielmehr die Macht radikaler Kräfte gefestigt. In autoritären Systemen, in denen politische Legitimität stark über ideologische Geschlossenheit und Sicherheitsapparate vermittelt wird, kann äußerer Druck sogar mobilisierend wirken. Statt eines Regimewandels entsteht eine „Rally-around-the-flag“-Dynamik, die Hardliner stärkt und moderate Kräfte marginalisiert.

Hinzu kommt ein weiteres, oft unterschätztes Risiko: der Staatszerfall. Während der Zusammenbruch einer Terrororganisation in deren Auflösung münden kann, hinterlässt der Kollaps staatlicher Strukturen ein Machtvakuum mit potenziell gravierenden Folgen. Das Beispiel Libyen nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis zeigt, wie rasch ein solcher Zustand in anhaltende Instabilität, Gewalt und regionale Destabilisierung umschlagen kann.



Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob ein Führer entfernt werden kann, sondern was danach geschieht. Ohne eine realistische Strategie für die politische Ordnung nach dem Eingriff bleibt die Ausschaltung von Staatsführern ein Instrument mit ungewissem Ausgang. In vielen Fällen könnte sich erweisen, dass das vermeintliche Problem durch ein noch schwer kontrollierbares ersetzt wird.

Drohrhetorik und strategische Widersprüche: Trumps Iranpolitik unter Druck

Die jüngsten Entwicklungen im Konflikt zwischen den USA und Iran verdeutlichen eine außenpolitische Linie, die zwischen Eskalation und taktischem Rückzug schwankt. Präsident Donald Trump hat in den vergangenen Wochen wiederholt mit massiven Angriffen auf Irans Energieinfrastruktur gedroht – darunter Öltraffinerien, Kraftwerke und sogar Entsalzungsanlagen. Gleichzeitig signalisierte er zwischenzeitlich Fortschritte in diplomatischen Gesprächen. Diese widersprüchliche Kommunikation wirft Fragen nach der strategischen Kohärenz der amerikanischen Iranpolitik auf.

Eskalation mit globalen Folgen

Die militärische Zuspitzung hat bereits konkrete Auswirkungen. Ein Angriff auf ein Öllager in Teheran sowie ein brennender kuwaitischer Tanker vor Dubai – für den Kuwait den Iran verantwortlich macht – markieren eine neue Eskalationsstufe. Parallel dazu sind die globalen Energiemärkte unter Druck geraten: Der Preis für Brent-Rohöl stieg zeitweise auf über 115 Dollar pro Barrel und liegt aktuell bei rund 112 Dollar – ein Anstieg von mehr als 50 Prozent seit Beginn der Kampfhandlungen.

Diese Entwicklung belastet nicht nur energieabhängige Volkswirtschaften, sondern verschärft auch inflationäre Tendenzen weltweit. Laut Internationalem Währungsfonds könnten anhaltend hohe Energiepreise das globale Wachstum um bis zu 0,5 Prozentpunkte reduzieren.

Konflikt weitet sich auf zivile Ziele aus

Besonders brisant ist die Ausweitung der Angriffe auf zivile Einrichtungen. Iranische Behörden



berichten von US-Angriffen auf mehrere Universitäten und drohen mit Gegenmaßnahmen gegen amerikanische Bildungseinrichtungen in der Region. Die Schließung eines Campus der New York University in Abu Dhabi unterstreicht die wachsende Unsicherheit.

Zudem wurden im Süden des Libanon zwei UN-Friedenssoldaten bei einer Explosion getötet – ein Vorfall, der die fragile Sicherheitslage im Nahen Osten weiter destabilisiert.

Geopolitische Prioritäten verschieben sich

Parallel zur Eskalation im Iran-Konflikt zeigt sich eine bemerkenswerte Verschiebung amerikanischer Außenpolitik gegenüber Kuba. Die USA erlaubten einem russischen Tanker mit rund 730.000 Barrel Öl die Einfahrt – offiziell aus humanitären Gründen. Beobachter sehen darin jedoch ein Indiz dafür, dass Washington seine bisherige Sanktionspolitik gegenüber Havanna zugunsten der Priorität Iran zurückstellt.

Die Gleichzeitigkeit von militärischer Drohkulisse und punktuellen Zugeständnissen offenbart ein strategisches Dilemma: Während die USA versuchen, maximalen Druck auf Teheran auszuüben, geraten andere außenpolitische Ziele ins Hintertreffen.

WEITERE NACHRICHTEN

Israel verabschiedete ein Gesetz, das die Hinrichtung durch den Strang von Palästinensern erlaubt, die wegen tödlicher Anschläge verurteilt wurden. Kritiker bemängeln, dass jüdische Extremisten, die wegen ähnlicher Verbrechen verurteilt wurden, davon ausgenommen wären.

Israel suspendierte Armeereservisten, nachdem diese CNN-Journalisten festgesetzt und einen Kameramann in einen Würgegriff genommen hatten. Einer der Reservisten bezeichnete ihr Vorgehen als „Rache“ an Palästinensern.

Myanmars Militärherrscher, Senior-General Min Aung Hlaing, ist einen Schritt näher daran, Präsident des Landes zu werden.

Der Vorstandsvorsitzende von **Air Canada** kündigte an, zurückzutreten, nachdem er für seine überwiegend englischsprachige Stellungnahme nach einer tödlichen Kollision auf einer



Wenn die gezielte Ausschaltung von Staatsführern scheitert

Landebahn kritisiert worden war.

Chinas Staatschef Xi Jinping lud den Vorsitzenden der wichtigsten Oppositionspartei Taiwans zu einem seltenen Besuch ein.

Die **australische Polizei** erschoss einen Mann, der verdächtigt wurde, auf zwei Polizeibeamte geschossen zu haben.

WAS SONST NOCH PASSIERTE

Céline Dion, die seit der Bekanntgabe ihrer Diagnose des Stiff-Person-Syndroms im Jahr 2022 nur selten aufgetreten ist, will später in diesem Jahr für zehn Konzerte in Paris auf die Bühne zurückkehren.

Diebe stahlen Werke von Renoir, Cézanne und Matisse aus einem **italienischen Kunstmuseum**.

Autor: P. Tiko